

Federführung	Dezernat I Oberbürgermeisterin Zull, Gabriele
--------------	---

AZ./Datum:	/05.02.2024		
Gremium	Behandlung	Sitzungsart	Sitzungsdatum
Verwaltungsausschuss	zur Vorberatung	nicht öffentlich	06.02.2024
Gemeinderat	zur Beschlussfassung	öffentlich	20.02.2024

Bekanntnis zur gemeinsamen Erklärung des Bündnisses Demokratie und Menschenrechte

Beschlussantrag:

Der Gemeinderat bekennt sich zur gemeinsamen Erklärung des Bündnisses für Demokratie und Menschenrechte (siehe Antragsbegründung, Ziff. 2) mit folgendem Wortlaut:

„Wir bekennen uns zu unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung und ihren wesentlichen Elementen: die Menschenwürde, das Demokratieprinzip, das Rechtsstaatsprinzip und das Sozialstaatsprinzip. Diese Werte einen uns als breites Bündnis von Demokratinnen und Demokraten. Demokratie- und menschenfeindliche Haltungen sowie extremistische Einstellungen lehnen wir entschieden ab.

Das Bündnis für Demokratie und Menschenrechte ist ein breites zivilgesellschaftliches und überparteiliches Bündnis aus Organisationen, Kirchen und Religionsgemeinschaften, Verbänden, Landkreisen, Städten und Gemeinden sowie staatlichen Institutionen, Vereinen und Parteien in Baden-Württemberg.

Seit der öffentlichkeitswirksamen Aufdeckung von Plänen rechtsradikaler Kreise, systematisch Millionen von Menschen aus Deutschland zu vertreiben, rollt eine Welle der Empörung und Angst durch das Land. Die Veröffentlichungen des Recherchenetzwerks „Correctiv“ haben für alle sichtbar gemacht, dass rechtsextremistische und menschenfeindliche Bestrebungen eine Bedrohung für die Menschen in unserem Land, unsere Demokratie und den gesellschaftlichen Zusammenhalt sind. Dafür stehen wir:

1. Um unsere Demokratie und die in unserer Verfassung garantierten Menschenrechte zu verteidigen, braucht es jetzt ein Bündnis aller Demokratinnen und Demokraten. Indem wir als demokratische Mehrheit unsere Kräfte bündeln,

stellen wir uns gemeinsam gegen jegliche Form von Extremismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit und Menschenfeindlichkeit und verteidigen die Grundwerte unserer Demokratie. In einem Schulterschluss aller Demokratinnen und Demokraten in Baden-Württemberg erheben wir gemeinsam unsere Stimme gegen Verfassungsfeinde.

2. Gemeinsam als Kirchen und Religionsgemeinschaften, Gewerkschaften, Verbänden, Vereine, Initiativen, Unternehmen, Parteien sowie lokalen Initiativen und Vereinigungen schmieden wir landesweit und auch vor Ort breite demokratische Bündnisse und stehen auf gegen Rechtsextremismus.
3. Wir stehen an der Seite der vielen Menschen, die sich von Rechtsextremen bedroht fühlen. Wir setzen uns für ein diskriminierungsfreies und friedliches Miteinander aller Menschen in Baden-Württemberg ein, unabhängig von ihrer Herkunft, Religion, sexuellen Identität und weiteren Merkmalen.
4. Wir sehen uns darin bestärkt, Menschen jeglichen Alters in unserem direkten Umfeld und in unserem Einflussbereich zu motivieren und zu aktivieren, sich für unsere Demokratie zu engagieren und schaffen für diese Menschen aktiv Räume, Möglichkeiten und Bildungsangebote, um sich und ihre Anliegen einzubringen und unsere Gesellschaft mitzugestalten.
5. Wir zeigen Haltung im Alltag. Ob beim Elternabend, am Arbeitsplatz, im Sportverein oder beim Stammtisch, wir treten Hass und Hetze entgegen. Wenn es um die Verteidigung unserer Demokratie geht, weichen wir nicht, wir stellen uns jeder Diskussion und jeder Auseinandersetzung.“

Sachverhalt/Antragsbegründung:

1. Aktuelle Entwicklungen

Intoleranz, Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit sind typische Merkmale rechtsextremistischer Ideologien und Verhaltensweisen. Sie stehen im klaren Widerspruch zu unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung und bedrohen zudem den gesellschaftlichen Zusammenhalt.¹

An den bundesweiten Demonstrationen gegen Rechtsextremismus haben sich am Wochenende des 3. und 4. Februars 2024 fast eine halbe Million Menschen beteiligt. Das Bundesinnenministerium berichtete unter Berufung auf Polizeiangaben aus den 16 Bundesländern von insgesamt 480.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Im ganzen Land habe es ca. 133 Veranstaltungen gegeben.

Auch zahlreiche Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Fellbach treten durch Teilnahme an friedlichen Demonstrationen für die Demokratie und unser Grundgesetz ein.

¹ vgl. Bundesministerium des Innern und für Heimat, Artikel - Sicherheit: Rechtsextremismus, abrufbar unter <https://www.bmi.bund.de/DE/themen/sicherheit/extremismus/rechtsextremismus/rechtsextremismus-artikel.html> [05.02.2024].

Es ist besorgniserregend, dass im Vergleich zum Jahr 2021 (20.201) die Gesamtzahl der rechtsextremistischen Straf- und Gewalttaten im Jahr 2022 um 3,8 % auf 20.967 Delikte stieg. Auch die Zahl der rechtsextremistischen Gewalttaten stieg im Jahr 2022 um rund 7,5 % gegenüber dem Vorjahr (2022: 1.016, 2021: 945).²

Diese Zahlen untermauern, dass eben nicht nur die Veröffentlichungen des Recherchenetzwerks „Correctiv“ Anlass dazu geben, beunruhigt zu sein.

2. Bündnis für Demokratie und Menschenrechte

Das „Bündnis für Demokratie und Menschenrechte“ in Baden-Württemberg hielt am 25. Januar 2024 ein Auftakttreffen in Stuttgart ab, an dem über 70 Vertreterinnen und Vertreter aus verschiedenen Organisationen, Parteien und Institutionen teilnahmen. In der Erklärung bekennen sich die Bündnispartner:innen, zu denen auch die Kommunalen Landesverbände gehören, zu ihren gemeinsamen Werten und formulieren einen ersten Rahmen, wofür das Bündnis eintritt. Die Vertreter der Kommunalen Landesverbände fassen eindrucksvoll zusammen, dass eine breite Basis bereit ist, für Demokratie und Menschenrechte einzustehen.³

Es ist beabsichtigt, diese Erklärung namens des Gemeinderats und der Oberbürgermeisterin zu veröffentlichen und im laufenden Jahr, das auch das Jubiläumsjahr unserer Verfassung ist, die Bedeutung unserer Demokratie durch verschiedene Aktionen hervorzuheben.

3. Jubiläum „75 Jahre Grundgesetz“

Das 1949 verkündete Grundgesetz mit Verfassungsrang beginnt mit dem bis heute gültigen und prägenden Artikel 1: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ Vor dem Hintergrund des Scheiterns der Weimarer Republik und zwölf Jahren nationalsozialistischer Terrorherrschaft hatten sich die Väter und Mütter des Grundgesetzes zum Ziel gesetzt, der neuen Bundesrepublik eine Verfassung zu geben, deren Dreh- und Angelpunkt die Würde jedes Einzelnen ist- vor dem Hintergrund der aktuellen Geschehnisse ist dieser Gedanke aktueller denn je.

Bis zum Artikel 19 folgen weitere Grundrechte, sie garantieren etwa Meinungs- und Pressefreiheit, Glaubensfreiheit oder Gleichberechtigung. In Artikel 20 sind die Prinzipien für die Staatsstruktur festgeschrieben, er beginnt mit den Worten: „Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.“

In diesem Jahr jährt sich das Jubiläum des Grundgesetzes und die Gründung der Bundesrepublik Deutschland zum 75. Male. Auch nach Einschätzung des amtierenden Bundeskanzlers Olaf Scholz lebt die Demokratie nicht nur von den wichtigen Artikeln in der Verfassung, sondern davon, „dass wir als Bürgerinnen und Bürger sie tragen, dass wir sie beschützen und verteidigen, auch gegen diejenigen, die sie von innen zu untergraben versuchen.“⁴

² https://www.verfassungsschutz.de/DE/themen/rechtsextremismus/zahlen-und-fakten/zahlen-und-fakten_node.html [05.02.2024].

³ vgl. Gemeinsame Zumeldung der Kommunalen Landesverbände v. 25.01.2024.

⁴ vgl. Pressestatement von Bundeskanzler Scholz zur Feierstunde „75 Jahre Parlamentarischer Rat“, abrufbar unter <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/pressestatement-von-bundeskanzler-scholz-zur-feierstunde-75-jahre-parlamentarischer-rat--2217562> [05.02.2024].

gez.
Beatrice Soltys
Bürgermeisterin

gez.
Johannes Berner
Erster Bürgermeister

gez.
Gabriele Zull
Oberbürgermeisterin

Anlagen:

Gemeinsame Zumeldung der Kommunalen Landesverbände vom 25. Januar 2024